

Brücke der Freundschaft, nicht Aufmarschgebiet für eine Aggression

Resat Dogan

Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei der Türkei

Unsere Partei hat 1986 auf ihrer Nationalen Konferenz unter anderem eine „Alternative für Frieden, nationale Sicherheit und nationale Souveränität“ beschlossen und sie ihren derzeitigen und potentiellen Verbündeten sowie allen Landsleuten, die sich über die Probleme unseres Landes Gedanken machen, zur Diskussion unterbreitet.

Weshalb messen die Kommunisten der Türkei diesem Dokument so große Bedeutung bei? In ihm ist nicht nur ein den Interessen unseres Landes entsprechendes Sicherheitskonzept dargelegt, das im Gegensatz zu der im Lande herrschenden, vom Pentagon diktierten militaristischen Doktrin steht. Es geht um mehr. Auf dem 5. Plenum des Zentralkomitees unserer Partei im Dezember 1985 wurde unterstrichen: „Wir kämpfen für das Ideal des Sozialismus, für die endgültige Befreiung von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung, aber zugleich tragen wir Verantwortung für die Erhaltung der menschlichen Existenz. Wir leben in der Tat in einer Welt, in der wir, entweder gemeinsam weiterleben oder aber gemeinsam untergehen“ werden.“

Auf dieser Einschätzung basiert unsere „Alternative“.

In der Rolle des Juniorpartners

Seit 35 Jahren, seit die Türkei Mitglied der NATO ist, betrachten das Pentagon und das NATO-Oberkommando unser Land als Bollwerk im Kampf gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten und als ihren Brückenkopf im Nahen und Mittleren Osten. Obgleich unser Land in der NATO zahlenmäßig die zweitstärkste Armee unterhält und hinsichtlich des prozentualen Anteils der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt an dritter Stelle rangiert, spielt es in der NATO-Hierarchie lediglich die Rolle eines Juniorpartners. Insbesondere aufgrund bilateraler Zusatzvereinbarungen mit den USA ist die Türkei in vieler Hinsicht von den imperialistischen Staaten abhängig, und diese nut-

zen sie, um ihre eigenen Interessen wahrzunehmen. Deshalb droht ihr ständig die Gefahr, in militärische Abenteuer verwickelt zu werden. Um unsere Wirtschaft ist es sehr schlecht bestellt, die Armut und das Elend der Bevölkerung nehmen ständig zu.

In den 80er Jahren ist noch deutlicher geworden, daß die Strategie der aggressivsten Kräfte des Imperialismus darauf abzielt, die Weltherrschaft zu erlangen. Die nukleare Hochrüstung, die von Washington betriebene Konfrontationspolitik und das Bestreben, ein nukleares Erbschlagspotential gegen die Sowjetunion zu schaffen, bedrohen die Existenz der ganzen Menschheit und die nationale Souveränität eines jeden Landes, auch der Staaten unserer Region, die, wie Reagan betont hat, für die Interessen des Westens von immenser Bedeutung ist.

Die reaktionären Kreise der USA und ihrer Verbündeten möchten die geostrategische Lage, die Erdöl- und sonstigen Ressourcen dieser Zone im eigenen Interesse nutzen und die hier verlaufenden Verkehrswege unter ihre Kontrolle bringen. Washington nötigt den Staaten des Nahen und des Mittleren Ostens einen antisowjetischen Kurs auf und sucht sie sich botmäßig zu machen. Der USA-Imperialismus verbreitet Erfindungen von einer „Bedrohung durch die Sowjetunion“ und hat einen „Kreuzzug gegen den Kommunismus“ proklamiert, um seine politische, ökonomische und vor allem militärische Präsenz in dieser Region zu verstärken. Zu seiner Strategie gehören die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Erpressung, Drohungen und andere Methoden dieser Art bis hin zu militärischem Eingreifen.

Durch den von Generalen verübten Putsch gelangte in der Türkei vor sieben Jahren ein vom Pentagon manipulierter Militärklüngel an die Macht. Die Militärs schalteten die demokratische Opposition gewaltsam aus und schufen damit günstige Bedingungen für die Durchsetzung ihrer Politik. Angesichts der sich im Lande verstärkenden Forderungen und unter dem Druck der demokratischen Weltöffentlichkeit mußten die Diktatoren gewisse Zugeständnisse machen. Hinter einer trügerischen Fassade des Parlamentarismus (das derzeitige „Parlament“ ist keineswegs aus demokratischen Wahlen hervorgegangen) besteht die Diktatur weiter. Eine undemokratische Verfassung ist in Kraft, sämtliche früheren Parteien und Organisationen sind verboten, die demokratischen Kräfte werden brutal verfolgt, und gegen die Kurden werden militärische Operationen geführt. Die Özal-Regierung, die eine „Entpolitisierung der Bevölkerung“ zu ihrem Ziel erklärt hat, macht mit dem ehemaligen Juntaschef General Evren gemeinsame Sache. In der Außenpolitik setzt die Regierung ihren proamerikanischen Kurs fort. Entsprechend den Rezepten des Internationalen Währungsfonds wurde die Entwicklung der nationalen Wirtschaft gebremst, hingegen öffnete man den transnationalen Monopolen und Banken Tür und Tor. Die Verschuldung des Landes hat ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Der Waffenimport wurde verstärkt, man begann eine abhängige Rüstungsindustrie aufzubauen, und der Militär-Industrie-Komplex der USA gewann im Lande mehr und mehr an Einfluß. Es wurden weitere Schritte unternommen, um den Forderungen Washingtons auf außenpolitischem Gebiet entgegenzukommen. Die Türkei billigte offen oder insgeheim alle Entscheidungen der NATO, auch solche, mit denen verschiedene Verbündete nicht konform gingen, so die verstärkten Aktivitäten der NATO in unserer Region.

1981 wurde die „Türkisch-Amerikanische Gemeinsame Verteidigungsgruppe“ gebildet, um „rasche Entscheidungen in Krisensituationen“ treffen zu können. Später wurde den USA das Nutzungsrecht für zwei weitere strategisch wichtige Militärstützpunkte – in Muş und in Batman im Südosten der Türkei – eingeräumt. Das Pentagon bediente sich ihrer, um Einheiten seiner „Schnellen Eingreiftruppe“ nach dem Nahen und Mittleren Osten zu verlegen. Das 1980 geschlossene Abkommen über Zusammenarbeit auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet wurde in diesem Jahr um weitere fünf Jahre verlängert. Trotz strenger Geheimhaltung sind Informationen durchgesickert, daß die USA in unserem Land nicht nur über Militärstützpunkte und elektronische Spionageeinrichtungen verfügen, sondern daß sie weitere Möglichkeiten erhalten haben, Operationen ihrer „Schnellen Eingreiftruppe“ abzusichern. Ferner ist von der Stationierung weiterer Kernwaffen in der Türkei die Rede. Derzeit laufen Verhandlungen über ein neues Abkommen, in dem es um die „Unterstützung durch das Gastland im Kriegsfall“ geht. Dadurch soll die Türkei

Ereignisse
und Ein-
schätzungen

verpflichtet werden, militärische Operationen der USA in der Region allseitig zu unterstützen.

Die Beziehungen zu Israel wurden wieder aktiviert. Gemeinsam mit dem Regime in Pakistan hat sich die Türkei verpflichtet, Militärpersonal aus Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und anderen Staaten des Persischen Golfs auszubilden. Des weiteren unterstützt sie aktiv die Bemühungen der USA, in Abstimmung mit Israel reaktionäre, proamerikanische Regime der Region nach und nach in ein „Sicherheitssystem“ einzugliedern, das dann zu einem antisowjetischen Militärblock ausgebaut werden soll.

Bedrohung der Souveränität

Seit 1982 befaßt man sich in der NATO mit einer Studie über „Operationen in Südwestasien“. Darin wird gefordert, daß die Verbündeten der USA deren Aktionen in diesem Raum unterstützen. In einem NATO-Militärplan unter der Codebezeichnung „Delta Ensure“ ist vorgesehen, weitere Angehörige der US-Streitkräfte nach Griechenland und in die Türkei zu verlegen. Wegen der zwischen diesen beiden Ländern bestehenden Differenzen wurde die Studie jedoch nur inoffiziell gebilligt.

Heute ist die Türkei fest in die amerikanischen Pläne für den vom „Zentralkommando“ (CENTCOM) gesteuerten Einsatz der „Schnellen Eingreiftruppe“ im Nahen und Mittleren Osten einbezogen. Für die Realisierung derartiger Pläne haben die USA-Stützpunkte in der Türkei zusätzliche Ausrüstungen erhalten.

Im Februar 1986 erklärte Edward Teller, ein Vertreter der aggressivsten Kreise der USA, in München, daß die Errichtung von vier Laserstationen in der Türkei für die Verwirklichung des SDI-Projekts von großer Bedeutung sei. Auch andere amerikanische Experten hoben die strategisch günstige Lage unseres Landes für die Realisierung der Sternkriegspläne des Pentagon hervor. Nach der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO im Jahre 1983 wurde die Türkei stark unter Druck gesetzt, um ihre Zustimmung zur Stationierung von Jagdbombern vom Typ F-16, die Kernwaffen tragen können, sowie von Pershing-1- und Lance-Raketen für den Fall zu erlangen, daß diese aus der BRD abgezogen werden müssen. 1986 wurde die Absicht der USA bekannt, in „Krisensituationen“ chemische Binärwaffen in der Türkei zu lagern. Gleichzeitig erfuhr die Öffentlichkeit, daß auf dem Stützpunkt Incirlik US-amerikanische Flugzeuge vom Typ F-4 durch Jagdbomber F-16 ersetzt werden sollen. Außerdem ist vorgesehen, die Kernwaffendepots auf diesem und auf vier weiteren Stützpunkten zu modernisieren. Obwohl diese Waffen offiziell gemeinsamer türkisch-amerikanischer Kontrolle unterliegen, befinden darüber in Wirklichkeit US-Offiziere. Wie der ehemalige Berater des US-Verteidigungsministers Richard Perle erklärte, handeln die US-Streitkräfte auf den Militärstützpunkten außerhalb der USA auf Weisung des Pentagon, unabhängig davon, auf wessen Territorium sich diese befinden. Das wäre eine grobe Verletzung der nationalen Souveränität der Türkei. Entgegen ihrem Willen kann sie jederzeit in militärische Abenteuer hineingezogen werden.

Seit der Errichtung des Militärregimes hüllen sich die türkischen Massenmedien, die einer von oben verfügten „Selbstkontrolle“ unterliegen, über die Friedensinitiativen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, der Unterzeichnerstaaten der Deklaration von Delhi sowie der Weltfriedensbewegung in Schweigen. Erfindungen über eine „Bedrohung durch die Sowjetunion“ werden verbreitet und immer neue chauvinistische Kampagnen gegen Bulgarien, Griechenland, Zypern und Syrien gestartet. Mit Waffengewalt wurde gegen die Kurden vorgegangen, nicht nur in der Türkei, sondern auch außerhalb ihres Territoriums, zudem ohne Zustimmung des Parlaments, allein auf Geheiß der Regierung und des Generalstabs. In Irak wurden drei militärische Operationen durchgeführt.

Alle diese Maßnahmen des Militärregimes verdeutlichen, welch gefährliche Rolle die USA unserem Land aufzwingen, unter grober Mißachtung seiner nationalen Souveränität. Die Türkei soll ein Stützpunkt im Rahmen der aggressiven neoglobalistischen Strategie Washingtons sein. Deren Verwirklichung birgt die Gefahr in sich, daß unsere Region

zum Aufmarschgebiet für Aggressionen gegen die sozialistische Gemeinschaft, zur Unterdrückung des nationalen und sozialen Kampfes der Völker wird. Hier entsteht ein Spannungsherd, der einen Weltbrand auslösen kann, falls sich die militärischen Konflikte, die nationalen, ethnischen und religiösen Auseinandersetzungen weiter zuspitzen.

Ereignisse
und Ein-
schätzungen

Ereignisse
und Ein-
schätzungen

der nationalen Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und der legitimen Interessen sein. Der Generalsekretär des ZK der KPdT, Haydar Kutlu, sagte bei seinem Besuch im Februar dieses Jahres in Athen dazu folgendes: Beide Seiten müssen die legitimen Rechte des anderen anerkennen und Kompromißbereitschaft zeigen, sie dürfen eine Regelung nicht als Sieg oder Niederlage einer Seite betrachten, sondern müssen darin einen Erfolg sehen, der im beiderseitigen Interesse liegt.

Wir erläutern den anderen oppositionellen Kräften in unserem Lande, daß die Türkei ihre Politik gegenüber Zypern ändern muß; diese Politik muß auf der Respektierung der souveränen Rechte Zyperns basieren und darf keine Elemente enthalten, die dazu beitragen könnten, daß die Insel in die aggressive Strategie der Reagan-Administration einbezogen wird. Die internationalen Aspekte des Zypernproblems müssen auf einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der UNO behandelt werden. Das Militärregime darf sich nicht länger in die inneren Angelegenheiten der türkischen Zyper einmischen; die Existenz Zyperns als unabhängiger, souveräner, nichtpaktgebundener und von allen ausländischen (vor allem türkischen) Truppen und Militärstützpunkten freier Staat muß gewährleistet werden.

Früher oder später werden auch die anderen oppositionellen Kräfte unseres Landes diese Prinzipien billigen. Solange die Türkei sie nicht verwirklicht, werden die USA uns ihre Forderungen aufzwingen können, die unsere Souveränität mehr und mehr einschränken. Gegenüber der „Arroganz der Stärke“ wird unser Land seine Unabhängigkeit nur behaupten können, wenn es die Souveränität der anderen Staaten achtet. Nur dann wird es mit breiter internationaler Unterstützung rechnen können, die die Achtung seiner eigenen Souveränität garantiert.

Wir türkischen Kommunisten entlarven die verlogene Propaganda von einer „Bedrohung durch die Sowjetunion“. Selbst unter dem derzeitigen Regime in Ankara sind die Beziehungen zur UdSSR stabiler als die zu unseren anderen Nachbarn. In der ganzen Geschichte unserer Republik hat es nicht eine strittige Frage gegeben, die mit dem Sowjetland, das sich stets vom Prinzip guter Nachbarschaft leiten läßt, nicht friedlich gelöst worden wäre.

Breite Schichten unserer Öffentlichkeit bekunden Interesse für die Innen- und Außenpolitik der UdSSR, die gekennzeichnet ist durch eine neue Dynamik, welche die Pläne der aggressivsten Kreise des Imperialismus durchkreuzt, und durch den Kurs auf umfassende Entwicklung der sozialistischen Demokratie. Diese Politik wirkt dem Antisowjetismus entgegen und trägt dazu bei, daß selbst Kreise, die nicht für den Sozialismus sind, die Sowjetunion sachlicher betrachten.

Sicherheit ist für uns kein rein militärstrategisches Problem. Sie hängt nicht nur von der Außenpolitik und der Sicherung des Friedens ab, sondern auch von der Innenpolitik, vom Zustand der Wirtschaft und der Wahrung der Menschenrechte. Wenn unserem Land die Gefahr droht, gegen seinen Willen in militärische Konflikte verwickelt zu werden, so ist das auch darauf zurückzuführen, daß es keine Demokratie gibt, die Massen von politischen Entscheidungen ausgeschlossen sind, die wirtschaftliche Abhängigkeit und die Verschuldung zunehmen, soziale Unsicherheit herrscht und die elementaren Menschenrechte ständig gröblich verletzt werden. Die Schaffung eines allgemeinen Systems der internationalen Sicherheit läge im Interesse auch solcher Länder wie der Türkei. Sie würde dazu beitragen, die Probleme der Rückständigkeit, der Abhängigkeit, der Auslandsverschuldung usw. zu lösen.

Eine strategische Aufgabe

Ist unter den gegenwärtigen Bedingungen unseres Landes eine derartige Alternative real? Wir wollen dazu nur einige Bemerkungen machen.

Die Vorschläge unserer Partei laufen nicht darauf hinaus, Gegenwart und Zukunft zu verwechseln, sondern sie gehen davon aus, was heute getan werden kann, damit diese Zukunft näherückt. Seit die Türkei der NATO angehört, fordert unsere Partei den Austritt aus diesem Block. Aber selbst das könnte unser Land im Falle eines Kernwaffenkrieges

4.

5.

nicht retten. Deshalb rücken wir den Kampf für nukleare Abrüstung und die Beseitigung der Massenvernichtungsmittel an die erste Stelle und betrachten die gleichzeitige Auflösung der NATO und der Organisation des Warschauer Vertrages, die wiederholt von der sozialistischen Staatengemeinschaft vorgeschlagen wurde, als unerläßlich. Die Türkei muß für Entspannung und friedliche Koexistenz eintreten und jede Ausdehnung des Aktionsradius der NATO sowie das US-amerikanische Sternkriegsprojekt ablehnen. Im Rahmen der Atlantischen Gemeinschaft muß sich unser Land von seinen nationalen Interessen leiten lassen und dagegen Front machen, daß sein Territorium in einen vorgeschobenen Brückenkopf verwandelt wird. Das ist ein realistisches Programm, um unterschiedlichste Kräfte zusammenzuführen, eingeschlossen jene, die nicht länger bereit sind, die Politik Washingtons voll und ganz zu unterstützen. Viele von ihnen möchten, daß die mit der NATO-Mitgliedschaft verbundenen ökonomischen Belastungen verringert werden, und fordern eine Veränderung der Beziehungen der Türkei zur NATO.

Ereignisse
und Ein-
schätzungen

In den 80er Jahren haben sich neue Kräfte, die in unserem Land ein sehr breites politisches Spektrum repräsentieren, in den Kampf für Frieden und nukleare Abrüstung eingereiht, weil sie nicht wollen, daß unser Land in militärische Abenteuer hineingerissen wird; die im Interesse der USA liegen. Wissenschaftler haben die Sternkriegspläne verurteilt. Eine Organisation von Ärzten ist entstanden, die sich gegen einen Kernwaffenkrieg wenden. Religiöse Würdenträger und ant imperialistisch eingestellte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nahmen 1986, im Internationalen Jahr des Friedens, am Weltkongreß in Kopenhagen teil. Der ehemalige türkische Ministerpräsident Demirel erklärte, die Türkei müsse sich bei der Beurteilung der Lage von ihren eigenen Interessen statt von denen anderer Länder leiten lassen. In Konya kam es zu einer Massenprotestbewegung gegen die Verlegung eines NATO-Luftwaffenstützpunktes dorthin. Alle Parteien, auch die Regierungspartei, protestierten gegen die Stationierung neuer Kernraketen in der Türkei.

Angesichts dieser Situation sieht sich die Regierung vor komplizierte Probleme gestellt. Einerseits hängt ihre weitere Existenz von der Unterstützung durch die USA ab, und sie ist deshalb bestrebt, den Forderungen der USA uneingeschränkt nachzukommen. Andererseits löst diese Haltung bei breiten Bevölkerungsschichten im Lande wachsenden Protest aus und hat in den Nachbarstaaten eine negative Reaktion zur Folge.

Angesichts des zunehmenden Zusammenschlusses der Kräfte im Lande, die für Frieden, nukleare Abrüstung und gutnachbarliche Beziehungen eintreten, fällt es dem antidemokratischen Regime immer schwerer, seine Macht zu behaupten. Für den Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen werden die Bedingungen dadurch günstiger. Im Bericht des Politbüros auf der 7. Tagung des ZK der KPdT im Februar 1987 wurde festgestellt: „Das Wettrennen zu stoppen und ein Verbot sowie die Beseitigung der Kernwaffen zu erreichen ist eine strategische Aufgabe. Deshalb werden wir unabhängig davon, welches Regime, welche Regierung herrscht, dafür kämpfen, daß die Türkei eine aktive und friedliche Außenpolitik entsprechend den genannten Zielen verfolgt. Wir werden danach trachten, breitetste Kräfte in diesem Kampf zu vereinen.“

Wenn die Bewegung für Frieden und für Demokratie in unserem Lande auch keine revolutionäre Bewegung ist, bestimmt sie doch das strategische Ziel der gegenwärtigen Etappe. Um die Einbeziehung unseres Landes in die friedensgefährdende Konfrontationspolitik Washingtons und die weitere Untergrabung der nationalen Souveränität zu verhindern, muß man für wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie kämpfen und gleichzeitig die sozialen Interessen der Werktätigen verteidigen. Nur so ist es möglich, das ganze Potential der Friedenskräfte im Lande maximal zu mobilisieren. Deshalb ist die „Alternative für Frieden, nationale Sicherheit und nationale Souveränität“ als fester Bestandteil der Strategie unserer Partei von erstrangiger Bedeutung.

-6-

Entnommen aus der Zeitschrift
Probleme des Friedens und Sozialismus - Ausgabe 8/87